

Bonn, der Müll und die Autarkie

(8/1992)

Am Abend des 1. September 1992 konnte der nichtsahnende Betrachter der „Tagesschau“ aus dem Munde des Bundesumweltministers Töpfer ein großes, fürchterliches Wort vernehmen: „Deutschland muß autark werden!“ – Wie bitte, Autarkie?! Hatte nicht deswegen, auf den Tag genau vor 53 Jahren, der Zweite Weltkrieg gegen das Deutsche Reich angefangen? Begann jetzt etwa die dritte und letzte Runde? – Nun ja, man konnte sich sogleich wieder etwas beruhigen, es ging lediglich um eine sehr westzonale, typisch rheinbündische Autarkie: die Abfall-Autarkie.

Die gallische Regierung wollte die anwachsende Maastricht-Ablehnung bremsen, hatte sich daher souverän über bestehende Müllabnahmeverträge zwischen deutschen Gemeinden und französischen Deponien hinweggesetzt und kurzerhand jede weitere Einfuhr deutschen Hausmülls verboten. Die Bundesregierung nahm das geflissentlich hin und verkündete die deutsche Müllautarkie. Geschworene Freihändler waren also gezwungen, die Autarkie als notwendige Antwort auf die Folgen der hochkapitalistischen Freihändlerei anzuerkennen.

Deutschlands Abfall von der Autarkie war wesentliches, 1945 erreichtes Kriegsziel der kapitalistischen Westmächte. Die westzonale Nachkriegszeit verteuflte den Gedanken der wirtschaftlichen Autarkie. Die BRD begann mit dem Autarkie-Abfall und endet mit der Abfall-Autarkie. Die Geschichte ist, nach Bismarcks Wort, genauer als die preußische Oberrechnungskammer; sie ist außerdem kühn, höhnisch und grausam.

Paris und Bonn wissen anscheinend garnicht, was sie vom Grundsatz her getan haben: Mit der Unterbindung des freien Müllhandels zwischen der BRD und Frankreich haben sie den Freihandel verneint, damit die unterste stufe der Wirtschaftsunion und erst recht jede politische Union über Bord geworfen. Sie ahnen noch nicht, daß mit der Müll-Autarkie in Deutschland wieder eine Epoche der Autarkiepolitik in ganz Europa beginnt. Das ist deswegen noch nicht erkennbar, weil Bonn unfähig ist, die souveräne Außer-Kraft-Setzung bestehender Hausmüll-Lieferverträge durch die Pariser Regierung sinnvoll zu beantworten und nur noch unverpackte und müllneutrale Einfuhren aus Frankreich zuzulassen, also Verbrauchsgüter nur in Tankwagen

u.ä., und Gebrauchsgüter nur mit Endrücknahmegarantie hereinzulassen. Das deutsch-französische Handelsvolumen ginge schlagartig zurück, der Weg zur nationalen Selbstver- und -entsorgung wäre eingeschlagen und die EG in wenigen Jahren eine so ferngerückte unfrohe Erinnerung wie heute die SU.

Aber das vermag nur eine starke nationale Regierung. Deutschlands Abfall von der EG wird wohl doch erst durch eine Totalvermüllung erzwungen.